Skizzen zur Tabaksteuer.

Von Unus.

I. Miquel's Politik.

Eine nach der anderen packte Herr Miquel die Steuern aus seinem Sack aus. Zunächst kam die Tabakfabrikatsteuer, dann die Börsensteuer, dann die Weinsteuer; kleinere Steuern, die Frachtbriefsteuer, die Quittungssteuer, trippelten nach.

Die Tabaksteuer guckte zunächst ganz vorsichtig aus den dunklen Tiefen heraus — plumps, lag sie inmitten der erstaunten Menge. Die Presse warf sich begierig auf den leckeren Fraß. Sie kaute und kaute und kaut jetzt noch daran, obwohl sie lange Zeit hindurch nicht einmal wußte, was sie eigentlich im Mundwerk habe — denn man war bis vor Kurzem weder über den Betrag der Steuer, noch über die Steuersätze im Klaren. Allein darauf kommt es zwar Herrn Miquel sehr viel, aber der Presse sehr wenig an. Die Hauptsache ist für die letztere, daß ihre Kiefern arbeiten. Ich glaube, es waren die „Lustigen Blätter", die neulich die hübsche Karikatur gebracht haben: Posadowski dreht die Kurbel einer Wurstmaschine, Herr Miquel steht schmunzelnd daneben und bereitet Würste, lauter „Steuerprojekte", die eins nach dem anderen von einem mageren Hunde, „die öffentliche Meinung", verschluckt werden — schon ist dessen Magen übervoll, aber ununterbrochen strömen neue Wurstmassen aus der Maschine, deren Kübel mit breiiger Masse bis über die Ränder voll ist; noch einen Augenblick, und der Hund erstickt an seinem Fraß. Und das ist eben der „Witz" — daß die öffentliche Meinung des Bürgerthums sich übersättige.

Der Hund wird krepiren, zweifellos. Daß, nachdem jetzt die Militärvorlage angenommen ist, auch die Steuern zu ihrer Deckung geschaffen werden müssen, ist Jedermann klar. Daß diese Steuern keine direkten Einkommenssteuern, sondern indirekte Verbrauchssteuern sein sollen, liegt im Interesse und im Wesen der kapitalistischen Ordnung. Und daß diese Steuern auf den Konsumenten, auf den „kleinen Mann" abgewälzt werden, wer weiß es nicht? Die Zeitungsschreiber selbst wissen dies Alles am besten, und wenn sie sich begegnen, nachdem sie ihre papierenen Donner in die Welt geschleudert, lachen sie über einander. Aber es muß eben der Tam-Tam geschlagen werden. Der „kleine Mann" soll es vernehmlich hören, wie seine Interessen gewahrt werden.

Miquel jedoch lacht sich ins Fäustchen darüber, daß die bürgerlichen Schreihälse sich die Backen voll schreien. Er weiß, schließlich müssen sie sich doch fügen, und das Schreien jetzt ist nur ein Kunstmanöver, um die spätere Unterwürfigkeit als eine Ueberzeugungsthat, als eine Fügung vor dem Unvermeidlichen dem glaubseligen Spießer erscheinen zu lassen, der sich jetzt an den Großthaten seiner Getreuen erquickt, um dann desto bereitwilliger — sich den Bauch aufschlitzen zu lassen.

Ueberdies weiß Miquel ganz genau, worauf er zu rechnen hat. Nämlich, er rechnet auf dieselbe parlamentarische Majorität, die die Militärvorlage durchgebracht hat.

Daß mit den widerspenstigen Sozialdemokraten in dieser Beziehung nichts anzufangen ist, das weiß er als Staatsminister vielleicht noch besser, wie als gewesener Kommunist. Die Männer des Zentrums wären schon unter gewissen Umständen zu haben, allein er weiß, daß diese Braven jetzt zu viele Rücksichten zu nehmen haben, daß sie sich vor ihrer bäuerlichen Wählerschaft ziemlich in Acht nehmen müssen. Dann würde es aber auch das Zentrum über-

haupt nie so billig machen, es braucht Zugeständnisse und kann sehr impertinent sein. Auch wäre es nicht so leicht, mit ihm zu verhandeln, nachdem es soeben von Herrn Miquel selbst im preußischen Landtag auf eine so unangenehme Weise dupirt worden ist. Anders die Agrarier. Sie müßten eigentlich schon aus purer Dankbarkeit für die preußische Steuer- und Wahl-„Reform" Miquel einen Liebesdienst erweisen. Sie erhoben ihn auch zu „ihrem Mann".

Auf die Agrarier, auf die Nationalliberalen und auf den antisemitischen Kleinbürger ist auch der ganze Steuerplan berechnet.

Die Rücksicht auf die Agrarier machte es nothwendig, die neu zu schaffende Steuerlast womöglich in ein solches Gebiet zu verlegen, das die agrarischen Interessen am wenigsten berührt. Bei der intimen Verbindung der einzelnen Produktionszweige, die innerhalb der kapitalistischen Produktion besteht, war dies allerdings eine schwere Aufgabe. Miquel hat sie gelöst, indem er zum Hauptsteuerobjekt den Tabak wählte, so gut, wie sie überhaupt gelöst werden konnte.

Die Zuckerfabrikation, die Branntweinbrennerei, die Bierbrauerei, sie fußen alle in der einheimischen Landwirthschaft, anders die deutsche Tabakindustrie. Die deutschen Tabakfabriken beziehen ca. 60 Prozent des gesammten Rohtabaks, den sie verarbeiten, aus dem Auslande. 1890/91 wurde um 30 Prozent mehr Rohtabak eingeführt, als im Lande selbst gezogen. Dem genau entsprechend ist das Durchschnittsergebniß der letzten 30 Jahre. Nach der Tabakenquete bildet die unter Tabak bestellte Fläche nur 33 Hunderttausendstel (0,00033) des Gesammtareals des Deutschen Reichs.

Die Branntweinsteuer, die Zuckersteuer, die Biersteuer treffen den Landwirth nicht nur als solchen, sondern auch als Schnapsbrenner, Zuckerfabrikanten und Bierbrauer, d. i. als Industriellen, nicht so die Tabaksteuer, denn der Tabakbau ist in Deutschland von der Tabakfabrikation streng geschieden. Die Tabakfabrikation zählte 1877 (nach der Tabakenquete) unter 5774 Betrieben, die mit Gehilfen arbeiteten, nur 40, die wenigstens zum Theil auch selbstgezogenen Tabak verarbeiteten. Im Ganzen wurden 1877 durch sämmtliche Betriebe, mit und ohne Gehilfen, 1920490 Zentner Rohtabak verarbeitet, aber nur 3484 Zentner von dieser großen Summe, also ungefähr der 600ste Theil war von den Tabakbearbeitern selbst gezogener Tabak.

Noch wichtiger ist der Umstand, daß der deutsche Tabakbau ein richtiger Parzellenbau ist. Es kommen im Deutschen Reich auf einen Pflanzer durchschnittlich 11 Ar mit Tabak bebauter Fläche. Den größten Durchschnitt hat Mecklenburg mit 32,18 Ar und den geringsten Ostpreußen mit 0,29 Ar auf einen Pflanzer. Der Geldertrag der Tabakernte wird für 1890/91, nach Abzug der Steuer, auf 7,58 Mark von 1 Ar angegeben. Nach der Tabakenquete gab es 1877 unter 100 Tabakpflanzern 51,2, die Tabakbau in steuerfreiem Umfange (unter 6 preußischen Quadratruthen = 8,5 Quadratmeter) trieben, und 48,8, die steuerpflichtigen Tabakbau trieben. Unter diesen Letzteren war das prozentuale Verhältniß so:

8,5	Quadratmeter	bis	10	Ar	. . . . .	35	Prozent
10	Ar	=	20	=	. . . . .	30,9	=
20	=	=	50	=	. . . . .	25,6	=
50	=	=	1	Hektar	. . .	6,2	=
		Ueber	1	=	. . . .	2,3	=

Die Durchschnittsgröße des Betriebes war aber auch bei den Besitzern von über 1 Hektar nur ca. 2 Hektar. Diese hätten also unter den jetzigen Verhältnissen von ihrem Tabakbau im Durchschnitt eine Bruttoeinnahme (exklusive Steuer)

von etwa 1500 Mark. Ihnen gehörten aber nur 19 Prozent der gesammten Tabakbaufläche. Die durchschnittliche Betriebsgröße des steuerpflichtigen Tabakbaues überhaupt war nach der Tabakenquete 22,9 Ar, die des steuerfreien 0,3 Ar, des gesammten Tabakbaues 11,3 Ar (1890/91 11,16 Ar).

Ueberdies, der Sitz des Tabakbaues befindet sich in den süddeutschen Staaten, vor Allem in Baden, — Ostpreußen und Westpreußen, Pommern und Posen, diese Hochburgen des Agrarierthums, zählen zu den bevorzugten Stammsitzen der Tabakkultur nicht.

So ist denn Alles glücklich zusammengefügt, um das patriotische Agrarierherz hoch zu stimmen. Da die Agrarier dabei nichts verlieren, so können sie Alles „opfern". Der Patriotismus ist gewahrt, die fiskalischen Interessen ebenfalls, und die Agrarier kostet es keinen Pfennig. Wenn Herrn Miquel einmal ein Denkmal gestellt wird, so soll daran auch folgendes Basrelief nicht fehlen: Miquel und die Agrarier sitzen im Indianerkostüm unter der deutschen Eiche und rauchen die Friedenspfeife, daneben in malerischen Gruppen die demüthigen Reihen der geprellten Raucher — Unterschrift:

Miquel rettet den Patriotismus der Agrarier
Anno 1893.

Komplizirter, als die Stellung der Agrarier, ist jene der industriellen Kapitalisten zu der Tabaksteuer. Die Tabakindustrie ist ein sehr bedeutender Produktionszweig, die Tabakindustriellen haben daher einen großen Einfluß, aber so weit reicht derselbe nicht, daß ihr Wille in dieser Frage ausschlaggebend wäre. Hier, wie überall, giebt es nur eine uneinige Einigkeit der Kapitalistenklasse. Wenn es sich darum handelt, zwischen direkter Besteuerung und Verbrauchssteuern zu wählen, wo also der Gegensatz zwischen Kapitalisten und Volk zu Tage tritt, da ist allerdings die Kapitalistenklasse einig; wenn es sich aber um die Frage handelt, welche Verbrauchssteuer gewählt werden soll, da tritt die Uneinigkeit zu Tage, und Jeder sucht den mehr oder weniger bitteren Trunk — denn ganz ohne Störungen verläuft die Einführung oder Erhöhung einer Verbrauchssteuer auch für die Kapitalisten nicht — an seines Nachbars Lippen zu führen.

Wie mächtig auch die Tabakindustriellen sind, so umfaßt die Tabakfabrikation doch nur 5,1 Prozent sämmtlicher Großbetriebe des Deutschen Reichs (mit über 50 Gehilfen, nach der Berufszählung 1882). Dann gehören die Tabakindustriellen mehr zu der Mittelschicht, als zu der haute volée des Großkapitals. Die Tabakfabrikation beschäftigt zwar sehr viele Arbeiter, allein dies nur aus dem Grunde, weil die maschinelle Technik hier noch nicht in dem Grade entwickelt ist, wie in anderen Produktionszweigen. Das Verhältniß der Motorenbetriebe zu den Betrieben mit Gehilfen ist z. B.:

in der Tabakfabrikation	=	3,4	: 100
= = Bierbrauerei	=	21	: 100
= = Branntweinbrennerei	=	60	: 100
= = Zuckerfabrikation	=	98	: 100

Daher kommt es, daß die Tabakenquete nur wenige (3) Fabriken aufführt, deren festes Kapital (Werth der Gebäude und Betriebsinventarien) über eine Million Mark beträgt, das Gros der von der Tabakenquete zur Kenntniß gebrachten Beispiele bewegt sich innerhalb der bescheidenen Summen von 10 000 bis 60 000 Mark, die größeren Betriebe besitzen 80 000 bis 300 000 Mark Grundkapital, und nur einige überschreiten diese Grenze.

Dazu steht die Tabakindustrie so ziemlich abgeschlossen innerhalb der kapitalistischen Volkswirthschaft da. Die Agrarier haben an ihr kein Interesse aus

Gründen, die wir schon in Bezug auf den Tabakbau erörtert haben. Mit den übrigen industriellen Produktionszweigen hat sie sehr wenig Berührung, und im Handelsgewerbe ist es die ganz abgesonderte Schicht der Tabakhändler, die mit ihr in Verbindung steht. Eine Getränkesteuer hätte z. B. den ganzen, im Volke sehr einflußreichen Beruf der Gastwirthe auf die Beine gebracht — etwas Derartiges ist bei einer Tabaksteuer nicht möglich. Tabakbau, Tabakfabrikation und Tabakhandel bilden zusammen ein Ganzes für sich innerhalb der kapitalistischen Produktion.

Es muß anerkannt werden, daß die Tabakindustriellen eine sehr rege Agitation gegen die Tabaksteuer entwickeln, allein es ist charakteristisch, daß die übrigen Kapitalistenkreise bis jetzt diesem Treiben ganz kalt gegenüberstanden. Die Presse geizt diesmal ganz besonders mit jenen so klangvollen und sonst, nämlich wenn sie ein Echo in der Kapitalistenklasse finden, so wirkungsvollen Worten, mit denen sie doch gewöhnlich so gern den Mund voll nimmt, als da sind: „Ruin der nationalen Industrie", „Gefährdung der Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt" 2c., und jammert nur um den „kleinen Mann". Aber auch die Tabakindustriellen selbst verweisen nicht so sehr auf die Schädigung der einheimischen Industrie, als auf die Interessen der Konsumenten und der Tabakarbeiter. Wir haben noch nirgends Berechnungen gefunden, inwiefern die deutsche Industrie oder der deutsche Export durch die neue Steuer geschädigt würden, wohl aber, wie viel Arbeiter entlassen werden müßten und wie sehr die Tabakfabrikate vertheuert würden. Und die Tabakindustriellen thun gut daran, das Hauptgewicht ihrer Agitation in die Arbeiterkreise zu verlegen, denn der Werth der deutschen Tabakproduktion ist verhältnißmäßig nicht sehr bedeutend, der Export ist minim, und hauptsächlich auf der relativ großen Zahl der von dieser Industrie beschäftigten Arbeiter beruht die Macht der Tabakfabrikanten. So possirlich es auch ist, zu sehen, wie die Tabakfabrikanten den Wanderstab der sozialdemokratischen Agitatoren ergreifen und Arbeiter-Protestversammlungen abhalten, so ist dies doch fast das Einzige, was sie thun können.

Aber auch innerhalb der Tabakindustrie selbst giebt es verschiedene Interessentengruppen, so z. B. den Gegensatz zwischen Rauchtabakfabrikation und Zigarrenfabrikation. Beide streiten miteinander um den Konsumenten. Durch die Tabaksteuer wird zwar die Position beider erschüttert, aber die erstere liefert ein viel billigeres Fabrikat und ist deshalb eher im Stande, eine Steuererhöhung zu tragen. Bei der billigsten gangbaren Zigarre, der zu 3 Pfennig, stellt sich der Preis per Pfund auf 2,10 Mark; die verbreitetsten Sorten sind die zwischen 3 bis inklusive 5 Pfennig, das Pfund zu 2,10 Mark bis 3,5 Mark, — die billigste Sorte Tabak kostet (nach der Tabakenquete) 40 Pfennig, die verbreitetsten Sorten kosten zwischen 40 und 70 Pfennig (seit 1879 haben sich die Verhältnisse nicht so geändert, daß man die Zahlen nicht zu einem Vergleiche benutzen könnte). Nach der Einführung der neuen Steuersätze gestalten sich, unter Zugrundelegung der von den Fabrikanten gemachten Berechnungen, die Verhältnisse so:

Zigarrenpreise per Pfund	2,32	bis	4,43 Mark
Rauchtabak " "	0,53	"	0,78 "

Im ersten Fall müssen 22 bis 97 Pfennig per Pfund mehr bezahlt werden, im anderen 8 bis 13 Pfennig — und darauf, auf den konkreten Zahlenwerth, nicht auf das prozentuale Verhältniß kommt es hauptsächlich an. In dem Konkurrenzkampf, der nach der Einführung der neuen Steuer noch stärker entbrennen wird, hat die Rauchtabakfabrikation eine stärkere Position, als die Zigarrenfabrikation.

Es giebt aber auch einen allgemeinen Konkurrenzkampf innerhalb der Tabakindustrie, wie innerhalb jeder anderen. Daraus folgt, daß die zu erwartende Produktionsverminderung sich *nicht gleichmäßig* über alle Unternehmungen vertheilen wird, sondern die Einen ruiniren wird, währenddem sie manchem Anderen vielleicht sogar noch zu einer größeren Geschäftsblüthe verhilft. Die kapitalkräftigeren *Großproduzenten* aber sind diejenigen, welche die meisten Mittel und Möglichkeiten haben, im Konkurrenzkampfe den Sieg davonzutragen.

Die Kapitalistenklasse wird nicht im Mindesten durch die Jeremiaden der Tabakindustriellen in Aufregung versetzt; aber auch unter diesen Unglückspropheten selbst giebt es gar Manchen, der neben allen lauten Befürchtungen einer allgemeinen Geschäftsstockung auch seine stillen Hoffnungen hegt, daß *er* dabei profitable Geschäfte machen wird.

Bei dem großen Widerstreit der Einzelinteressen, der innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, besonders innerhalb der Kapitalistenklasse selbst herrscht, bei der Zerfahrenheit der kapitalistischen Politik, die unter dem Drucke der Arbeiterbewegung immer verworrener wird, sich jeden Augenblick festrennt, nicht mehr im Stande ist, sich feste Ziele zu setzen, sondern in jedem Falle einfach *den* Ausweg nimmt, den sie gerade findet, das thut, worauf sie durch die Verhältnisse gestoßen wird, werden in der parlamentarischen Vertretung die Interessen einzelner Gruppen, bezw. einzelner Landestheile mißachtet, es wird über sie schonungslos zur Tagesordnung geschritten, es sei denn, daß dies gerade diejenigen Gruppen sind, die momentan das Ruder in der Hand haben, — dann, allerdings, dann kommen sie am ehesten zur Geltung, mögen auch ihre Interessen denen der Allgemeinheit am meisten widersprechen. Dies wird sich diesmal bei der parlamentarischen Behandlung der Tabaksteuer, noch mehr aber bei der *Weinsteuer* zeigen.

An der Weinsteuer sind hauptsächlich die süddeutschen Staaten interessirt und in Preußen das Rheinland, dieser Hort des Zentrums. Hätte Miquel auf das Zentrum bei der Durchführung seiner Steuervorlage gerechnet, er hätte sicher den *Wein* nicht zum Steuerobjekt gewählt. Aber darauf kommt es ihm eben nicht an, sondern hauptsächlich auf die Konservativen und die Nationalliberalen. Er spielt hier das Uebergewicht Preußens den süddeutschen Staaten gegenüber aus, und so lange in den Gefilden der preußischen Junker keine Reben, sondern Runkelrüben wachsen, ist dies eine gute Rechnung.

Die *Börsensteuer* vollends ist dazu gewählt, um dem ganzen unappetitlichen Gericht als demokratische Sauce zu dienen. Es ist der Knochen, an dem der hungrige kleinbürgerliche Wolf sich mattwürgen soll. Es ist die Eselsbrücke für die antisemitischen Maulhelden.

Sie wäre übrigens nicht möglich, wenn der Kapitalismus noch freies Spiel hätte. Aber die Zeiten haben sich eben geändert, der Kapitalismus wird in all seinem Thun und Lassen von der Arbeiterklasse überwacht, er muß sich in Acht nehmen, und so wird er gezwungen, bei jedem neuen Angriff, den er von Staatswegen auf die Taschen des Volkes macht, dem Volke einen *Tribut* zu zahlen.

Wir sehen keinen Grund, weshalb die Kapitalisten, die agrarischen wie die industriellen, die Miquel'sche Steuervorlage zum Fall bringen sollten. Wohl aber giebt es Gründe, weshalb ihnen die Durchführung derselben wünschenswerth erscheinen muß. Diese Gründe sind negativer Natur. Nämlich, wenn diese Steuern abgelehnt werden, *was soll man sonst für welche wählen?* Es ist klar, daß, wenn die Tabaksteuer nicht durchkommt, eine andere Verbrauchssteuer, bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags, gewiß noch weniger Aus-

sichten auf Erfolg hat. Was thun? Die Regierung befindet sich in einer sicheren Lage und kann kaltblütig dem parlamentarischen Spiel zusehen: gehen die neuen Steuern nicht durch, so müssen die Matrikularbeiträge ihr aus der Klemme helfen. Dann wird die Lösung der Steuerfrage den einzelnen Staaten überwiesen. Aber dabei kommen die Kapitalisten viel schlimmer weg, so lange es keine deutsche Reichseinkommensteuer giebt, wohl aber Einkommensteuern in den Einzelstaaten.

Sollten aber die Steuervorlagen, was wir für unwahrscheinlich halten, dennoch scheitern, so müßte dies als ein entschiedener Erfolg der Sozialdemokratie bezeichnet werden. Es könnte nur unter dem Drucke des Volkswillens, aus Furcht vor der Sozialdemokratie geschehen, es wäre also ein weiteres Stück aufgezwungener Sozialpolitik.

Konservative, Reichspartei und Polen, Nationalliberale, Freisinnige Vereinigung und Antisemiten — dies sind die Kräfte, auf die Miquel rechnet, und demgemäß hat er seine Steuervorlagen, so gut es ging, eingerichtet.

Miquel ist der Held des Vereins für Sozialpolitik — man lese nur, wie er angesichts der preußischen Steuerreform von G. Cohn belobhudelt wurde. Jedoch vergebens würde man in seinem Steuerplan nach allgemeinen, „ethischen", finanzpolitischen Gründen suchen. Das Ganze ist nur eine Mache der parlamentarischen Diplomatie. Der einzige finanzpolitische Grundsatz, den man hier eben aufstellen könnte, ist der: diejenige Steuer ist die beste, für die sich in diesem Moment am ehesten eine parlamentarische Mehrheit finden dürfte.

Wie wenig es sich dabei für Miquel um irgend welche Grundsätze handelt, das sieht man am besten an dem Verhältniß zwischen den Zöllen und den Steuern. Die Tabaksteuer als Verbrauchssteuer wird auf die Konsumenten abgewälzt werden. Wollte man dies nun wenigstens einigermaßen einschränken, was vom Standpunkte einer „ethischen" Finanzpolitik ja sehr wünschenswerth ist, so müßte man die Konkurrenz der Einzelfabrikanten unter einander möglichst zu steigern suchen. Zu diesem Zweck wäre eine Verminderung des Fabrikatzolls sehr angebracht, da sie die ausländische Konkurrenz gestärkt und die inländischen Fabrikanten verhindert hätte, die Preise hochzuschrauben. Fiskalische Gründe erfordern wohl, daß der Zoll nicht geringer sei, als die inländische Steuer, denn sonst würde eine Vermehrung des Konsums ausländischer Fabrikate eine Verminderung des Gesammtsteuerertrags nach sich ziehen; aber das Interesse des Fiskus fordert auch nicht mehr als das. Nach dem Miquel'schen Steuerplan ist nun aber das Verhältniß so: Ausländische Zigarren zahlen einen Zoll von 400 Mark per 100 Kilogramm und die inländische Steuer obendrein, inländische nur eine Steuer von 33 1/3 Prozent ihres Werthes. 400 Mark Zoll per 100 Kilogramm, das macht per Mille Zigarren, da auf 100 Kilogramm durchschnittlich 14 Mille gerechnet werden (Tabakenquete), 28,5 Mark oder per Stück 2,85 Pfennig. Dieser Zoll macht die Einfuhr billiger Zigarrensorten zur Unmöglichkeit. Die inländische prozentuale Steuer soll nicht nur vom Werth der ausländischen Zigarre erhoben werden, sondern auch vom Zoll selbst, so daß eine solche Zigarre, außer der Inlandssteuer, noch zu zahlen hätte:

1. einen festen Satz = 28,50 Mark pro Mille,
2. davon 33 1/3 Prozent = 9,50 " " "

Zusammen 38,00 Mark pro Mille.

Der Fakturawerth, exklusive Steuer, der inländischen 5 Pfennig-Zigarre ist 32,50 Mark pro Mille — also, wenn der Großhändler die ausländische

5 Pfennig-Zigarre selbst geschenkt bekäme, so wäre dies für ihn dennoch ein Nachtheil, denn er hätte an Zoll mehr zu bezahlen, als ihn die ganze in Deutschland produzirte Zigarre kostet. Unter solchen Umständen kann das billige ausländische Fabrikat mit dem inländischen nicht konkurriren. Anders freilich steht es mit den theueren Sorten. Derselbe feste Zollsatz von 400 Mark per 100 Kilogramm, der die verbreitetsten Volks-Zigarren, die zu 3 bis 5 Pfennig, mit 100 Prozent bis 300 Prozent ihrer Gestehungskosten, bezw. mit 60 Prozent bis 100 Prozent ihres Verkaufspreises belastet, beträgt

bei der 9 Pfennig-Zigarre nur 30 Prozent ihres Verkaufspreises,
" " 12 " " " 25 " " "
" " 15 " " " 20 " " "
" " 30 " " " 10 " " " u. s. w.

Der feste Zollsatz ist eine progressive Steuer nach unten. Dies die finanzpolitische Weisheit des Dr. Miquel. Er schont den reichen Konsumenten und liefert den armen der Willkür der Tabakfabrikanten aus.

Aber wie kann man denn im Ernst von einem kapitalistischen Staatsmann grundsätzliche Politik fordern! Wie die kapitalistische Oekonomik nur das Resultat des freien Spiels stygischer Gewalten ist, so auch ihre Politik. Nur die Proletarierklasse, die sich in einem grundsätzlichen Gegensatz zu der kapitalistischen Wirthschaft befindet, ist im Stande, auch grundsätzliche Politik zu treiben. So auch hier, in der Frage der neuen Miquel'schen Steuern.

Für die Sozialdemokratie kommt nicht nur in Betracht, daß die neuen Steuern hauptsächlich Verbrauchssteuern sind. Die Sozialdemokratie hat die Militärvorlage aus prinzipiellen Gründen verworfen, und indem sie jetzt die Steuern verweigert, die berufen sind, dieselbe zu unterstützen, führt sie einfach ihren Kampf gegen den Militarismus weiter.

Der Riesen-Ausstand im englischen Kohlengewerbe.

Sein Wesen, sein Streitobjekt und seine Begleiterscheinungen.

Von **Ed. Bernstein.**

III. Wie der Kampf durchgeführt wurde. Verhalten der Arbeiterschaft, des Publikums, der Unternehmer und der Behörden.

Der Ausstand oder Ausschluß wurde, wie man sich erinnert, dadurch herbeigeführt, daß auf einer am 30. Juni d. J. abgehaltenen Konferenz zwischen den Vertretern der verbündeten Kohlengrubenbesitzer im Föderationsgebiet einerseits und denen der Bergarbeiterföderation andererseits die Unternehmer darauf bestanden, daß die Lage des Kohlenmarktes eine Lohnreduktion — die sie auf 25 Prozent normirten — absolut nothwendig mache. Die Arbeiterdelegirten hatten zugegeben, daß die Lage des Marktes eine ungünstige sei, aber hinzugefügt, daß die Lohnherabsetzung weder an sich gerechtfertigt, noch ein geeignetes Mittel sei, das Uebel zu bekämpfen. Zudem betrachteten sie die jetzigen Löhne als ein Minimum, unter das nicht heruntergegangen werden dürfe, und deshalb habe auch der Vorschlag, die Frage nach der Höhe der Lohnreduktion einem Kollegium von Unparteiischen vorzulegen, keinen Zweck. Dagegen erklärten sie sich bereit, über andere Mittel der Bekämpfung des Uebels — Einschränkung der Produktion ꝛc. — zu verhandeln. Davon hatten aber wieder die Unternehmer nichts wissen wollen, sondern zurückgegeben, es bliebe ihnen dann nichts übrig, als allen ihren Leuten